Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 1

Artikel: Dank an J.W. Brügel
Autor: Lienhard, Richard
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-347502

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 05.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Dank an J. W. Brügel

«. . ., aber mehr noch fürchtest du
unwürdig Leben.
Und liessest den Mächtigen nichts durch,
und glichst dich mit den Verwirrern nicht aus,
noch je vergassest du Schimpf,
und über der Untat wuchs ihnen kein Gras.
Salut!»
(Bertolt Brecht, zur Uraufführung seiner «Antigone»)

Der ehemalige Chefredaktor der sozialdemokratischen Tageszeitung «Volksrecht», *Ernst Nobs* (der spätere erste sozialdemokratische Bundesrat), hatte sich einmal bitter darüber beklagt, dass man hierzulande als Journalist wenig Dank und Aufmunterung erfahre. Ein Spitzenfunktionär der SP, dem diese Klage zu Ohren kam, soll sich darüber sehr erstaunt gezeigt haben: Gute Leistungen, so meinte er, verständen sich doch von selbst. Es sei nicht einzusehen, weshalb sie eines besonderen Aufhebens bedürftig seien (helvetischer ausgedrückt: We me nüt säit, isch es rächt). In Österreich soll innerhalb der Sozialistischen Partei das geflügelte Wort umgehen: «Ein guter Sozialist ist man erst, wenn man gestorben ist.»

Es scheint mir an der Zeit zu sein, dass wir auch einmal gegen *dieses* Tabu löcken: bei allem Respekt vor helvetischer Nüchternheit und frei von jedem Hang zu Personenkult. Wer, wie J. W. Brügel, dreissig Jahre lang für die sozialistische Presse in Österreich und in unserem Land publizierte, der verdient den aufrichtigen Dank aller Gutgesinnten. Und ohne Rücksicht auf das genannte Tabu sage ich es aus innerster Überzeugung: J. W. Brügel *ist* ein guter Sozialist.

Was wohl den Lesern unserer Zeitschrift noch zu wenig bekannt ist: J. W. Brügel wurde es nicht an der Wiege gesungen, Journalist und Publizist zu werden. Er hatte seinerzeit das Studium der Rechtswissenschaft gewählt und auf diesem Gebiete doktoriert. Bereits war er in Prag Inhaber einer gehobenen Staatsstelle, als er durch die nationalsozialistische Bedrohung veranlasst wurde, den Weg ins Ausland zu wählen. Dieses äussere Schicksal hat seinen weiteren beruflichen Werdegang bestimmt. Aber besteht nicht ein enger Zusammenhang zwischen dem Diener des Rechts und einem Publizisten? *René Marcic,* einer der berühmtesten österreichischen Staatsrechtslehrer, hat einmal den kühnen, aber zutreffenden Satz geprägt: «Journalisten sind wie Richter, Diener der Wahrheit, und dies als Institution zur Kontrolle öffentlichen Geschehens.»

Wie die Richter sind die Journalisten frei und unabhängig in der Ausübung ihres Amtes. Sie walten ihres Amtes ohne Rücksicht auf Druck von seiten des Staates und seiner Organe – ohne Rücksicht auf Druck von seiten der Gesellschaft und ihrer Verbände, einschliesslich der eigenen Leserschaft; ohne Rücksicht auf Druck von seiten des eigenen Heraus-

gebers, Verlegers, Brotgebers. Das ist die Dialektik, wie sie in den Grundelementen des Journalismus und des Richterberufs steckt: Wahrheitspflicht, öffentliche Aufgabe, Unabhängigkeit. Das Vertrauen auf den Sieg der Wahrheit im Kampf zwischen Wahr und Falsch – dies sollte die Grundüberzeugung jedes echten Journalisten sein. J. W. Brügel gehört zu jenen nicht allzu zahlreichen Journalisten und Publizisten, die dieses journalistische Ethos von Anfang an ernst genommen haben und stets bestrebt sind, sich darnach zu richten.

Man hat J. W. Brügel gelegentlich, wenn auch eher versteckt, zum Vorwurf gemacht, er sei mit den ehemaligen, mehr oder weniger naiven Mitläufern des Nationalsozialismus zu hart ins Gericht gegangen. Dieser Meinung möchte ich aufs schärfste widersprechen. Gerade weil unser Freund im Kampf gegen die braune Pest und deren Ableger konkreter wurde und auch vor Namen Einflussreicher nicht halt machte, hatte er in hohem Masse der Wahrheitspflicht des Journalisten gedient. Wenn heute in der Bundesrepublik Deutschland der Ruf ertönt, man dürfe die Vergangenheit nicht vergessen, so begnügt man sich allzu gerne mit dem Begriff «Kollektivschuld». Man übersieht dabei leicht den Boden, auf dem Hitler wuchs. Und man begnügt sich gerne damit, die alleinige Schuld nur *einem* Manne und seinen Komplizen aufzubürden und dabei die anonyme Komplizenschaft zu verhüllen. Wenn von Bewältigung der Vergangenheit die Rede ist, so spricht man nur von den Konzentrationslagern, aber nie von den gefeierten Professoren, Schriftstellern und Staatsmännern, welche mitverantwortlich waren für jene Atmosphäre, in der die Fabrikanten von Gaskammern gedeihen konnten. *Ludwig Marcuse* hat es einmal zutreffend gesagt: «Ich bin leidenschaftlich gegen den Begriff ‚Kollektivschuld'. Sie ist Ausdruck einer Hitler-Methode, die Praxis der wahren Unmenschlichkeit: vom einzelnen abzusehen und nur in Gruppen zu denken. Das moralische Urteil über ‚das deutsche Volk', über 80 Millionen Menschen, kann nicht aus *einem* Satz bestehen: Ein Mädchen, das gläubig auf der Schulbank Hitler gelernt hat, ist anders zu beurteilen als ein älterer Professor, der ungläubig von Hitler gelebt hat.»

Es entspricht dem geschärften Gerechtigkeitssinn von J. W. Brügel, dass er nicht haltmachte vor der Kritik an den einflussreicheren Komplizen, die recht zuverlässig an dem – nicht gerade himmlisch – braunen Kleid gewoben hatten. So wählte er als Publizist den unbequemeren, aber den politisch einwandfreien Weg. Für seine mutige und konsequente Haltung verdient er unser aller Dank.

Auf der andern Seite fehlt es nicht an moralisierenden Kritikern, die unserem hervorragenden Mitarbeiter vorwerfen, er huldige einem «sturen Antikommunismus». J. W. Brügel nimmt in seinem vorstehenden Leitartikel dazu Stellung. Aus der Sicht des unbefangenen, der Objektivität verpflichteten Lesers ist folgendes zu bemerken: Was die Linken der alten Generation in ihrer Mehrzahl von den Linken der jüngeren Jahrgänge

trennt, ist ihre Erfahrung mit der *Diktatur*. Es lässt sich nicht bestreiten, dass sich die Vertreter der radikalen Linken in bezug auf Methoden und Konsequenzen ihrer Politik von denjenigen der Rechtsradikalen in keiner Weise unterscheiden. Um ihr Ziel zu erreichen, schrecken auch die Linksradikalen vor keinerlei Gewalt zurück. Sie sind gegen Kompromisse, halten Anpassung und Kompromiss für Verrat. Gleich den autoritär-konservativen Bewegungen verachten sie Vielfalt der Meinungen, Toleranz, Liberalität und Loyalität. Insofern war J. W. Brügels Kritik stets begründet. Wer sich bemüht hat, die Publikationen unseres Mitarbeiters objektiv zu würdigen, kommt nicht um die Feststellung herum, dass er wohl Marx besser kennt als alle seine Kritiker. Unserem Freund ist daher nicht entgangen: In Weiterführung der Ideen der Aufklärung und als Reaktion auf das vom besitzbürgerlichen Kapitalismus hervorgerufene Elend der arbeitenden Klassen zu Beginn des industriellen Zeitalters hat Marx als erster systematisch untersucht und begründet, warum die Menschenwürde nicht durch moralische Appelle, sondern nur durch eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Eigentums- und Machtverhältnisse erreicht werden könne. Kann man es aber unserem Mitarbeiter verübeln, wenn er zur Feststellung gelangte, dass sich die Erwartungen von Marx und seiner Jünger nicht erfüllten? Der Versuch, eine radikale Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln und an Grund und Boden zu erreichen, hat zwar zu einer gerechteren Verteilung der Güter geführt. Die allen zugute kommende wirtschaftliche Blüte aber blieb aus. Und was noch schlimmer ist: es kam nicht zur Aufhebung von Klassengegensätzen und vor allem nicht zur Beendigung der Unterdrückung von Menschen durch Menschen. Was nur Voraussetzung sein sollte zur Befreiung des Menschen wurde zum Selbstzweck. In der zweifellos ungerechten Ordnung der kapitalistischen Welt ist mehr konkrete Menschlichkeit und individuelle Freiheit realisiert worden als in der gerechteren des Kommunismus.

Dass sich J. W. Brügel mit der in diese Richtung zielenden Kritik nicht überall beliebt machte, verwundert nicht, tangierte sie doch manch liebgewordene Vorstellung und Illusionen von «Gläubigen», die sich dem Rationalen längst entfremdet haben. Ich entsinne mich aber nicht, dass je ernsthaft versucht wurde, J. W. Brügels Argumente zu entkräften. Wahr ist dagegen, dass unser Freund mit seinen kritischen Äusserungen häufig genug durch die Entwicklung recht bekommen hat. Ich denke da – um nur *ein* Beispiel zu nennen – an seinen hervorragenden Leitartikel «Hat Georg Orwell umsonst gelebt?» («Profil», Jahrgang 1975, S. 313 f.). Was dort unser Mitarbeiter über die innenpolitische Zukunft Vietnams, Laos' und Kambodschas voraussagte, hat sich – leider – eindrücklich genug erfüllt. In Anspielung an ein Gedicht von Heine schloss J. W. Brügel den vorgenannten Grundsatzartikel mit dem Bemerken: «*Demokratische Sozialisten*

müssten begreifen, dass Freiheit, Forschritt und Recht nicht dort erstehen können, wo ‚Willkür wechselt nur die Hände'.»

Auch hier ist J. W. Brügel zu danken, dass er mit innerer Leidenschaft und intellektueller Redlichkeit die Irrungen und Verwirrungen in der Welt der totalitären Regimes aufzeigte und nicht müde wurde, als Mahner und Warner zu wirken, wo sich Opportunismus, Selbstgefälligkeit und Resignation breit zu machen drohten. Gerade heute, da auch in der Sozialdemokratie die Zahl der geistig selbständigen und unabhängig handelnden Journalisten seltener geworden ist, möchten und könnten wir auf die Stimme unseres Freundes erst recht nicht verzichten; denn solche Stimmen tragen wesentlich dazu bei, dass in unserm Land und in der ganzen freien Welt eine Luft weht, in welcher allein eine freiheitliche Sozialdemokratie zu gedeihen vermag.

Richard Lienhard

Es hat Leute gegeben – auch in der Sozialdemokratischen Partei –, die noch in der Weimarer Zeit gemeint haben, Demokratie sei nur ein Mittel, um den Sozialismus zu erreichen, aber kein Selbstwert. Sie nahmen die Demokratie utilitaristisch. Es waren nicht viele, aber ihre Stimmen tönten manchmal recht laut, und die Gefährlichkeit einer solchen utilitaristischen Denkweise liegt auf der Hand. Wenn die Demokratie nur ein Mittel zur Verwirklichung des Sozialismus sein soll, so ergibt sich das letzte Werturteil über dieses Mittel aus seiner Tauglichkeit, der Arbeiterschaft die politische Macht zu verschaffen. Aber zu welchen Konsequenzen dieser Utilitarismus gerade in der Auseinandersetzung mit dem politischen Totalitarismus führt, hat Hendrik de Man schon 1926 überzeugend dargelegt. Er schreibt: «Wenn die Demokratie in den Ländern, wo die Industriearbeiterschaft eine Mehrheit der Bevölkerung ausmacht, nur ein Mittel ist, um dieser Mehrheit mit Hilfe des gleichen Wahlrechtes zur Staatsgewalt zu verhelfen, dann ist in den Ländern, wo das Proletariat keine Mehrheit bildet, jedes andere Mittel – Militäraufstand, Staatsstreich, Parteidiktatur – ebenso geeignet, sofern es damit nur die Macht zu erobern und zu behaupten vermag. Dann ist schliesslich der einzige Vorwurf, den die Sozialdemokratie dem russischen Kommunismus machen kann, der, dass er eine Taktik, die in den besonderen Verhältnissen Osteuropas begründet ist, auch auf Länder übertragen möchte, wo die Machteroberung durch das demokratische Wahlrecht möglich ist.»

Carlo Schmid in «Politik und Geist»